

Expedition: Perrenstraße 20.  
außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

Vierteljährlicher Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thlr. 11 1/2 Sgr. Inventionsgebühr für den  
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitschrift  
1 1/2 Sgr.

# Breslauer



# Zeitung.

Mittagsblatt.

Montag den 21. Februar 1859.

Nr. 86.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Stuttgart, 19. Februar.** Der ständische Ausschuss hat den Beschluss gefasst, die Eingabe mehrerer Abgeordneten, dahin lautend, daß die Bundesfestungen und die Pässe des Schwarzwaldes in Vertheidigungs-Zustand gesetzt und ein Verdrahtungsverbot erlassen werden möge, der Regierung vorzulegen.

**Paris, 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr.** Die Speculanten waren unentschieden. Die 3proz. begann zu 68, stieg auf 68, 10, fiel als von Neuem bei geringem Geschäft zur Notiz.

**Schluss-Course:** 3proz. Rente 67, 80, 4 1/2proz. Rente 97, 50. 3proz. Spanier —. Silber-Anleihe 84 1/2. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 541. Kredit-mobilier-Aktien 772. Lombardische Eisenbahn-Aktien 515. Franz-Joseph —.

**London, 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr.** Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 10 1/2 Kr., auf Hamburg 13 1/2 Mk. 6 Sch.

**Consols** 95 1/2. 1proz. Spanier 30 1/2. Mexikaner 20. Sardinier 81. Russen 112 1/2. 4 1/2proz. Russen 98 1/2.

Der erscheinende Bankausweis ergibt einen Notenumlauf von 20,489,345 Pfd. — und einen Metallvorrath von 19,747,154 Pfd. St.

**Wien, 19. Februar, Mittags 12 Uhr 45 Min.** Börse matt. Neue Loose 97, 25. 3proz. Metalliques 77, 20. 4 1/2proz. Metalliques 68, 40. Bank-Aktien 925. —. Nordbahn 170, 80. 1854er Loose 108. —. National-Anleihen 79, 20. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 227, 10. Kredit-Aktien 240, 30. London 105, 40. Hamburg 79, 40. Paris 41, 90. Gold 104, 50. Silber —. —. Lombardische Eisenbahn 90. —. Neue Lomb. Eisenbahn 101. —.

**Wien, 19. Februar, Abends 7 Uhr.** Nach Schluss der Börse wurden Kredit-Aktien zu 196, 80 gehandelt. Franz-Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien zu 226, 50, Nordbahn zu 169, 40 gemacht. Am Schluss der Abendbörse waren Kreditaktien 197, 90, Staatsbahn 226, 80, Nordbahn 169. — Die pariser Course waren nicht bekannt.

**Frankfurt a. M., 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min.** Anhaltend flau in Folge Wiener ungünstiger Notirungen.

**Schluss-Course:** Ludwigsb.-Verbinder 143 1/2. Wiener Wechsel 110 1/2. Darmst. Bank-Aktien 213. Darmstädter Zettelbank 225. 3proz. Metalliques 70 1/2. 4 1/2proz. Metalliques 61 1/2. 1854er Loose 100 1/2. Oesterreichische National-Anleihe 72 1/2. Oester. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 249. Oesterreich. Kredit-Aktien 1010. Oester. Kredit-Aktien 219 1/2. Oesterreich. Elisabeth-Bahn 170 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 55 1/2. Mainz-Ludwigsb.-Verbinder Litt. A. —. Mainz-Ludwigsb.-Verbinder Litt. C. —.

**Hamburg, 19. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr.** Börse, Anfangs flau, wurde gegen Ende leiser bei sehr geringem Geschäft.

**Schluss-Course:** Oesterreich. Französl. Staats-Eisenbahn-Aktien —. National-Anleihe 74. Oester. Kredit-Aktien 93. Vereins-Bank 98 1/2. Norddeutsche Bank 83. —.

**Hamburg, 19. Februar. [Getreidemarkt.]** Weizen und Roggen flau und geschäftslos. Del pro Mai 27 1/2, pro Oktober 26 1/2. Raffee fest aber ruhig. Zint 1500 Str. loco 14 1/2.

**Kiew, 19. Februar. [Baumwolle.]** 8000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

## Telegraphische Nachrichten.

**London, 18. Februar.** Die Kronjuristen haben die von Hannover vorgelegenen Grundlagen zur Regelung der Stabsarzt-Angelegenheit für nicht annehmbar erklärt. Die Unterhandlungen werden fortgesetzt.

Die heute veröffentlichten Vorschläge für die Armee belaufen sich auf 11,608,060 Pfd. St. oder 9695 Pfd. St. weniger als im vorigen Jahre.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses kündigte Heablam einen Antrag an: es dürfe den joniischen Inseln keine neue Verfassung erteilt werden, ehe sich nicht das Unterhaus über dieselbe ausgesprochen habe. — Dem Antrag, die Donaufürstenthümer-Frage zur Debatte zu bringen, gegenüber dem israelitischen und Lord John Russell auf die bevorstehende Eröffnung der Konferenzen hin.

**Paris, 19. Februar.** Im heutigen „Constitutionnel“ unternimmt es Renée, die Nothwendigkeit, die Wahl des Fürsten Couza zu genehmigen, nachzuweisen. Im entgegengekehrten Falle würden die Mächte verpflichtet sein, die Fürstenthümer zu besetzen, militärische Occupationen seien aber keine glücklichen Auskunfts-Mittel.

Wie schwierig es oft sei, dieselben aufzuheben zu lassen, davon geben Rom und Ancona Zeugnis, welche heute die Verwickelungen in Italien veranlassen. Alles lasse hoffen, daß die Konferenz zusammenzutreten werde, nicht um die Organisation der Donaufürstenthümer zu fördern, sondern um sie sicher zu stellen und zu besetzen. Gestern war in den Fouragemagazinen zu Vincennes ein großes Feuer.

**Paris, 17. Februar.** Der Finanzminister hat in der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Ausfuhr von Fourage und Hafer über die Grenzen der Lombardie provisorisch unterlagert. Der Fürst de la Tour d'Auvergne ist nach Paris abgereist. Die „Opinion“ macht auf einen Widerstand der „Dessert Correspond.“ in Bezug auf die Truppenbewegungen nach Italien aufmerksam.

Im Januar habe dieselbe in einem Artikel erklärt, dieselben hätten sich nicht, um die Bevölkerung der Lombardie gegen die fanatische Partei sicher zu stellen, während sie jetzt behauptet, diese Truppenbewegungen seien bestimmt, die österreichischen Provinzen gegen die Angriffe Piemonts zu verteidigen.

Die österreichischen Provinzen haben nach dem Ausspruche der „Opinion“ den Zweck, die österreichische Meinung irre zu führen und die Wahrheit zu verbergen.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

**L. C. C. Fünfhundert und sechzigste Sitzung des Hauses der Abgeordneten.** Präsident Graf Schwerin. — Am Ministerische: Fürst von Hohenzollern, v. Batow, v. Bonin, Graf Büdler, v. d. Seydt.

Der Präsident theilt mit, daß der Abg. Delius wegen seiner Ernennung zum Reichsrath sein Mandat niederlegt.

In die Commission für Beratung des Gesetzes über Einführung der Civil-Acten wurden gewählt: Wenzel, v. Körne (Westbavelland), Bömer, Simson, Planenburg, Ahmann, Jonas, Frech, Mathis (Barnim), Rohden, v. Sautenfeld, Dr. Scheller, Lette, Gneist, Reichenberger (Köln), v. Brittwitz, v. Ammon, Stilde, v. Jod und Fubel. Der Vorsitzende ist Simson.

Der Präsident berichtet eine in mehreren Zeitungen übergegangene Aeußerung, nach welcher er in der letzten Sitzung dem Hause angezeigt haben soll, daß in dieser Session bestimmt ein Gesetzesvorschlag über die Grundsteuer eingeführt werden solle, dahin, daß er dem Hause nur das mitgetheilt, was der Budget-Commissar in der Budget-Commission hinsichtlich der Grundsteuer gesagt habe.

Bei der Fortsetzung der Berathung über den Staatshaushalts-Etat werden die Einnahmen und Ausgaben der Domänen-Verwaltung ohne Discussion genehmigt. Bei den extraordinären Ausgaben für 1859 hat die Budget-Commission den Antrag gestellt, das Haus wolle die Regierung ersuchen, festzustellen, ob überhaupt die Beibehaltung der Wiesen-Meliorationen an der Brabe räthlich erscheine, und dem Hause der Abgeordneten eine Vorlage darüber zu machen.

Der Finanzminister: Die Meliorationen an der Brabe sind eine böse Erbschaft für meinen Vorgänger und für mich gewesen. Ein Zinsgenuß ist von den verwendeten Kapitalien schwerlich zu erwarten. Sollten noch größere Summen nötig werden, so wäre es wohl angemessen, sogar die kleineren Meliorationen, die Nutzen bringen, aufzugeben. Ueber die Lage der Sache kann ich zur Zeit keine Auskunft erteilen. Dem Commissions-Antrage trete ich nicht entgegen.

Der Commissions-Antrag wird darauf fast einstimmig angenommen. Der Etat der Forst-Verwaltung wird nach kurzer Debatte genehmigt. Ohne Debatte bewilligt das Haus die dem Kron-Fideikommiß-Fonds überwiesene Rente, desgleichen nimmt es den Etat der Central-Verwaltung der Domänen und Forsten an.

Es folgen Petitionsberichte. — Bei der Petition mehrerer Einwohner der Gemeinde Groß-Heisdorf, Kreis Dirschau, welche sich über ihren Schulzen beschwerten und die Veranlassung einer anderen Wahl beantragten, empfiehlt die Gemeinde-Commission Uebergang zur Tagesordnung. — Abg. Mettermeyer befragt sie dagegen: Die Person des jetzigen Schulzen sei im Orte unbeliebt und gegen die Wahl desselben sei von vielen Einwohnern Protest erhoben. Der Schulze sei aber eine Persönlichkeit, welche der Regierung gefalle, und deshalb sei er vom Amte nicht entbunden. Der Schulze gefalle dem Landrath und somit auch dem Regierungs-Präsidenten, denn dieser sei der Onkel des Landraths und der Landrath der Neffe des Regierungs-Präsidenten. (Heiterkeit.) Er beantragt Ueberweisung der Petition an die Regierung. Der Referent Abg. Freiherr v. Freytag macht darauf aufmerksam, daß von den Mittheilungen des Vorredners nichts in der Petition enthalten sei; diese beschränke sich vielmehr nur auf einige dem Schulzen vorgeworfene Unregelmäßigkeiten, welche die Commission für unerheblich erachtet habe. A. geordneter Mettermeyer: Die dem Schulzen vorgeworfenen Defecte belaufen sich auf über 80 Thlr. Die eingereichten Akten seien freilich unvollständig, könnten aber durch das Landrathsamt auf Erfordern vervollständigt werden. Das Verfahren des Schulzen den Armen gegenüber bezeichnet schließlich der Redner als wahrhaft unarmherzig. Der Referent behauptet nochmals, daß die angegebenen Defecte sich auf Unregelmäßigkeiten von etwa 2 Thlr. beschränken, und die Tagesordnung wird darauf angenommen.

Konrad Jädel und andere Grundbesitzer der Gemeinde Ulbersdorf, Kreis Gaißau in Schlesien, beantragen, sie von der ihnen durch Judikat auferlegten Verpflichtung zur Unterhaltung eines Weges von Wigramsdorf nach Neudorf zu befreien. Die Gemeinde-Commission schöpft aus der Petition die Ueberzeugung, daß geschriebenes Recht und Praxis in Folge der durch die Agrar-Gesetzgebung eingetretenen Verhältnisse sich nicht im Einklange befinden und empfiehlt deshalb die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Lette für die Petition. Die Regierung habe sich bereits selbst von der Unzulässigkeit der schlesischen Wegebau-Ordnung überzeugt.

Der Handelsminister: In dem neuen Entwurfe einer Wegebau-Ordnung, der im Handelsministerium ausgearbeitet werde, seien die Härten möglichst vermieden. Ueber den Entwurf seien die Gutachten der Provinzial-Behörden gefordert, und sobald diese sämtlich eingegangen seien, solle mit dem Entwurfe im legislativen Wege vorgegangen werden. Gegen die Ueberweisung der Petition an die Regierung habe er nichts zu erinnern.

Abg. Graf Büdler will dahingestellt sein lassen, ob die Bestimmungen der bestehenden Wegebau-Ordnung sich überlebt haben, nur anführen, daß Schleien diesem Gesetze eine Menge guter Wege verdanke; das Material, welches die Regierung bereits gesammelt, werde durch diese Petition nicht bereichert, weshalb er Uebergang zur Tagesordnung beantrage.

Abg. Fliegel erwidert, daß die Gerichte in vorliegendem Falle gegen die Oberanz entschieden hätten, und deshalb nur die Staatsregierung die Angelegenheit regeln könne.

Abg. Graf Kanitz stimmt für den Commissions-Antrag, weil die Petition Berücksichtigung verdiene. Nur könne er und seine politischen Freunde den Motiven der Commission nicht überall beitreten, namentlich in Betreff des Hinweises auf das neue Gesetz, da, wie er wisse, der Entwurf desselben bereits im ganzen Lande zu großen Bedenken Veranlassung gegeben habe.

Abg. v. Binde (Obernord) kann nicht zugeben, daß die Autorität der Regierung durch derartige Ueberweisung von Beschwerden geschwächt werde, zumal wenn diese sich damit einverstanden erklären; vielmehr stärke man die Regierung, wenn man vorhandene Uebelstände zu ihrer Kenntniß bringe.

Abg. Wenzel: Ihm sei es nach den Erklärungen des Handels-Ministers gleichgültig, welcher Beschluß über die Petition gefaßt werde. Nur wolle er bemerken, daß wenn auch er mit einzelnen Bestimmungen des neuen Entwurfs nicht einverstanden sei, durch die Berathungen doch eine Uebereinstimmung der gegenseitigen Factoren hervorgerufen werde, und somit eine Verweisung auf das Gesetz völlig zulässig sei. Er müsse übrigens seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß es in Schlesien einen Menschen gebe, welcher die guten Wege der Wegebau-Ordnung zuschreibe. Allgemeine Stimme in Schlesien sei, daß nur die schlechten Wege von der Wege-Ordnung herrühren (Heiterkeit) und daß, wo gute Wege seien, diese nur dadurch erzielt seien, daß man von der Wege-Ordnung abgesehen sei (Heiterkeit).

Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten bemerkt, die Wege-Ordnung habe an den guten Wegen Schlesiens auch ihr Theil.

Abg. Grabow: Bei den gegenwärtig in dieser Angelegenheit schwebenden Verhandlungen sei gerade jetzt der rechte Zeitpunkt, die Petition dem Ministerium zu überweisen, damit das Gesetz mit der Praxis in Einklang gebracht werde.

Für den Antrag auf Tagesordnung stimmen etwa 10 Mitglieder der Linken; der Commissions-Antrag wird mit überwiegender Majorität angenommen.

Die übrigen Petitionen dieses Berichts, über die bereits referirt ist, werden ohne Discussion nach den Commissions-Anträgen erledigt.

Es folgt die Berathung über den ersten Petitionsbericht der Justiz-Commission, über welchen seiner Zeit bereits Mittheilung gemacht ist. Die Commission hat bis auf einen Fall überall den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Eine Petition eines C. v. Kroschütz, betreffend die Aufhebung des Zuschlages bei Erhebung der Kosten für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wird dem Commissions-Antrage gemäß der Budget-Commission zur ferneren Prüfung überwiesen.

Ueber eine Petition der Kreisgerichts-Sekretäre Blumenthal und Kropp, welche beantragen, die Kreisgerichts-Sekretäre eines Departements nach der Anciennetät in dem betreffenden Appellationsgerichtsbezirk aufzudecken zu lassen, die Anciennetät der Sekretäre nach dem Datum ihres Patentbes festzustellen, entspringt sich eine Debatte.

Abg. Lette beantragt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung.

Abg. Etrohn unterstützt diesen Antrag; es dürfe nicht bloß in der Willkür des Chef-Präsidenten liegen, einen guten Subalternbeamten in eine bessere Stelle zu versetzen.

Der Justizminister erwidert das Haus, den Commissions-Antrag anzunehmen, da neue Momente in der vorliegenden Petition nicht vorgebracht seien und es nicht räthlich scheine, an dem bestehenden Zustande etwas zu ändern.

Abg. Wenzel (statt des Berichterstatters) vertheidigt den Commissions-Antrag, da der Antrag der Petenten gar keine Aenderung herbeiführen würde, also die Gewährung desselben für die Petenten ohne Nutzen wäre. Auch wünscht der Redner keine größere Lockerung des Disciplinarverhältnisses der Subalternbeamten; sie müßten nie vergessen, daß ihre Stellung eine andere als die der Richter sei. Für den Commissions-Antrag erhebt sich die große Majorität des Hauses. Auch die übrigen Petitionen werden nach dem antrage der Commission durch Tagesordnung erledigt.

Der nächste Gegenstand ist die Petition des Dr. Bedhaus, welcher sich über die Entziehung der venia docendi durch die Juristenfacultät zu Bonn beschwert. Die Unterrichts-Commission will diese Petition (um Abschaffung der betreffenden Bestimmung der bonner Facultäts-Statuten) dem Cultusministerium zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. v. Körne (Solingen) (so weit sein Vortrag zu verstehen): Es sei allgemein aufzufallen, daß einem jungen Manne, wie Bedhaus, der 4 Jahre früher summa cum laude promovirt habe, ohne alle Gründe die venia docendi entzogen worden. In Bonn sei die öffentliche Meinung durchaus für Dr. Bedhaus. Derselbe habe keinen trummen Rücken, sondern sei eine biedere westfälische Natur; die wissenschaftliche Tüchtigkeit des Mannes habe man nicht anzweifeln können, aber es sei ihm vorgeworfen, daß er den Gajus überseht. Ueber eine Gesellschaft deutscher Gelehrten habe die Bonner Facultät überjagt. Ein Werk wie die Uebersetzung des Gajus ver falle der Kritik. Das Entsetzen vom Amte sei aber durch solche Arbeiten, selbst wenn das Werk nicht gefalle, nicht gerechtfertigt. Die Motive, die man demgemäß der Facultät in Bonn unterschiebe, seien die geistigsten. Das formelle Recht sei zwar auf Seite der Facultät, aber die Rechte der Facultäten und Corporationen dürften der Freiheit der Wissenschaft nicht entgegenstehen. Demnach wäre die Abänderung der Statuten der bonner Facultät nothwendig.

Abg. Ottow spricht im gleichen Sinne unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses; seine Rede ist auf der Tribüne kaum zu verstehen.

Abg. Dr. Schubert: Es sei von großer Wichtigkeit für die vorliegende Sache, wenn sich in der Landesvertretung eine Stimme vom Standpunkte des Universitätslebens hören lasse. Es erfordere das Gefühl für das Recht eine Aenderung der Statuten, denn es sei schon an und für sich auffällig, daß in Preußen vier Universitäten existirten, bei denen derartige Beschränkungen nicht vorhanden seien. Ja, auch bei den deutschen Universitäten finde man dieselbe nicht. Man möge das edle Recht der deutschen Universitäten erhalten und ein gleiches Recht für alle herstellen. — Was dann ein Privatdocent sei? Welches Recht er habe durch seine Privatdocentenschaft? Das Recht, am schwarzen Brett Vorlesungen anzugeben und in einem Auditorium der Universität Studenten zu erwarten (Heiterkeit); ein Recht auf Aufstellung habe er nicht, nichts als die Möglichkeit, sich auszuzeichnen. Wenn er nun nicht reüssire, welchen Nachtheil habe es für die Facultät, ihn in seiner Stellung zu belassen? Und andererseits, bei den sog. Privatvorlesungen, den Zwangscollegien, sei gerade die Vorzüglichkeit eines jüngeren Docenten den Herren Konkurrenten unangenehm (Heiterkeit).

Der Gang, den ein Privatdocent bei seinen Vorlesungen nehme, sei gewöhnlich der, daß er, nachdem er einige Jahre Repetitorien gehalten und Interpretationen gelesen, im 3. oder 4. Jahre ein Hauptcollegium anfündige; da komme dann ein solcher Erlaß, und wie schwer der treffe, ermesse sich leicht. Hier könne nur die Gesetzgebung Hilfe schaffen.

Abg. v. Ammon: Die Lehrsichtigkeit des Dr. B. habe sich unter geistigerem Beifall entwickelt; ihm persönlich hätten mehrere strebende Jünglinge versichert, Dr. B. habe auf die uneigennützigste Weise seinen Vorlesungen Repetitorien und Examinatorien unentgeltlich beigelegt, was ihnen vorzügliche Dienste für ihre Studien geleistet hätte. Es sei gegen Dr. B. die Maßregel erkannt, ohne daß irgend ein Tadel gegen seinen Lebenswandel vorgekommen wäre; es habe keine Klage, keine Warnung stattgefunden; es habe keiner der Professoren seine Vorlesungen besucht, wie es in den Statuten vorgeschrieben sei, und ohne Anklage, ohne Vertheidigung sei B. von seiner Bahn gerissen worden. In seinem Staatsorganismus finde man eine Analogie für eine solche Maßregel, und er danke es deshalb dem Ministerium, daß es versprochen habe, die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen.

Abg. Riedel: Die Statuten der bonner und breslauer Facultäten stehen ganz im Widerspruch mit dem Geiste, der sonst in Preußen hinsichtlich der Lehrfreiheit galt. Was den deutschen Universitäten den großen Vorzug vor den reglementirten belgischen und den klösterlichen Universitäten Englands giebt, ist eben das Institut der Privat-Dozenten. Dadurch wird jeder jugendlichen Kraft Gelegenheit gegeben, sich geltend zu machen und dadurch werden ältere Kräfte möglichst gehindert, stehen zu bleiben. Eben deshalb muß denn auch der Stand der Privatdocenten gegen Bestimmungen geschützt werden, welche 1834 der bonner und 1840 der breslauer Universität unter ungleichen Verhältnissen gegeben sind.

Abg. Gneist: Einige Worte über die anomale Lage, in der sich die juristische Facultät zu Breslau und Bonn durch Bestimmungen, wie die erwähnten, befinden. Hat ein junger Mann sich als Privatdocent habilitirt und keinen Erfolg, so liegt für die Facultät die Verurtheilung nahe, zur Wohlthätigkeit des jungen Mannes zu werden, indem sie denselben sanft von der unglücklichen Laufbahn entfernte. (Gelächter.) Oder nehmen wir den entgegengelegten Fall an. Der Privatdocent hat einen außerordentlichen Zulauf. Dann kommt die Facultät in eine delicate Lage. 7 oder 8 bewährte, berühmte, vom Staate angestellte Lehrer haben sich zu prüfen. Wie kommt es, daß der junge Mann die Jugend mehr anzieht, als wir? Wie leicht kommt es, daß sie den Grund in der falschen Richtung des Docenten finden und es der Ehre der Wissenschaft wegen für nothwendig halten, die Jugend vor solchen falschen Richtungen zu bewahren. Der dritte Fall ist der, daß er sich in dem Zustand der rechten Mitte und Mittelmäßigkeit befindet, die bei keinem Anstoß erregt. Dann ist er aber in dem schwebenden Zustande, wie ein Docent der bonner Facultät, der alle 4 Jahre auf einen Beschluß der Facultät provociren muß, ob er sich noch im Stadium der rechten Mittelmäßigkeit befinde. (Bravo. Gelächter.) Nun denken Sie sich, meine Herren, den Fall, wenn die Letzte eine Korporation bildet und alljährlich die 7 oder 8 ältesten Herren zu entscheiden hätten, ob ihre jüngeren Kollegen sich noch auf wissenschaftlichem Boden befinden. (Gelächter. Bravo.) Ja, meine Herren, sie befänden sich dann in einer so delicate Lage, in die man nie eine Korporation bringen sollte. Ist aber einmal ein solcher Mißgriff, wie durch Emanation der Statuten der bonner Facultät, geschehen, so sollte die Facultät von der betreffenden Klausel doch nur in dem Falle Anwendung machen, in welchem auch ein lebenslänglich angestellter Docent entlassen werden müßte. (Sehr gut.) Das sollte jenen Herren schon das Gefühl fagen. Ich zweifle nicht, daß jedes Mitglied der bonner Juristen-Facultät einzeln vom lebhaftesten Ehrgeiz und Gerechtigkeitsgefühl geleitet wird; aber es ist eine alte Erfahrung, daß die Gefühle der Einzelnen in den Hintergrund treten, wo die Korporation als solche zusammentritt. Es ist eine eben so alte Erfahrung, daß alle Korporationen das Streben haben, sich möglichst abzuschließen. Deshalb erfordert es die Ehre der bonner Facultät, daß man die Gelegenheit wegnähme, der Ausübung ihres Rechts geistige Motive unterzuziehen. Deshalb müssen die Statuten auf legalem Wege reformirt werden. Dieser Weg ist nicht so leicht. Die Universitäten haben Autonomie. Ist ein Statut einmal bestätigt, so kann es nicht anders als durch Zustimmung der Korporation selbst aufgehoben werden. Deshalb bedürfen wir einer andern Macht, um den Zustand zu verbessern. Das ist die öffentliche Meinung. (Beifall. Bravo.) Gegen Sie Ihre gewichtige Autorität in die Waagschale, damit der auf keinem Gebiete zu tolerirende Junschwung vor allem von der Wissenschaft fern bleibe. (Beifall. Bravo.) Sie handeln demnach in Ihrem eignen Interesse, indem Sie durch möglichst einflussreiche Annahme des Commissions-Antrags Zeugnis ablegen für die gegenseitigen Sympathien zwischen den deutschen Universitäten und deutschen Landesvertretungen, die immer bestanden haben und hoffentlich immer bestehen werden. (Beifall. Bravo rechts.)



Druck von Graß, Barth und Comp. (M. Friedrich) in Breslau.